NORDMETALL
Verband der Metall- und Elektroindustrie e.V.

AGV NORD
Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands e.V.

Hamburg, 19.10.2026

Herbst-Konjunkturumfrage der M+E-Industrie:

# Historischer Höchststand: 26 Prozent sehen sich gezwungen, Produktion ins Ausland zu verlagern

„Die Krise der Industrie in Deutschland treibt mittlerweile mehr als ein Viertel der norddeutschen M+E-Betriebe dazu, dem Standort den Rücken zu kehren und Produktionsverlagerungen ins Ausland zu planen – das ist ein historischer Höchststand“, resümiert **NORDMETALL-Vizepräsidentin und Tarifverhandlungsführerin Lena Ströbele** die Ergebnisse der Herbst-Konjunkturumfrage 2026 der norddeutschen Arbeitgeberverbände. „Die hohen Arbeitskosten im Land, über die wir gerade in der Tarifrunde mit der Gewerkschaft verhandeln, betrachten acht von zehn Unternehmen als erschwerenden Wirtschaftsfaktor, der sie zur Abwanderung zwingt – zum Beispiel nach Polen, wo die Arbeitsstunde inklusive der Personalzusatzkosten bei mittlerweile vergleichbarer Produktqualität in vielen Bereichen mit gut 18 Euro nicht mal ein Drittel der 55 Euro in Deutschland kostet. Deutlich nach den Arbeitskosten belasten rund zwei Drittel aller befragten Betriebe stark gestiegene Energie- und Materialpreise sowie die nach wie vor erdrückende Bürokratie in Deutschland“, so Ströbele weiter. 174 Mitgliedsbetriebe mit rund 100.900 Beschäftigten haben sich bis in den September hinein an der Umfrage von NORDMETALL, AGV NORD und den Arbeitgeberverbänden in Oldenburg sowie Ostfriesland beteiligt.

Die Kapazitätsauslastung von Maschinen und Anlagen der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie beträgt 83,2 Prozent, was weiter unter dem langjährigen Mittel von 85 Prozent und deutlich unter den rund 90 Prozent vor und nach der Corona-Pandemie liegt. 94 Prozent der befragten Unternehmen sehen sich nicht oder nur zum Teil in der Lage, Kostensteigerungen mit Preiserhöhungen aufzufangen (Bremen: 92 Prozent). Die aktuelle Geschäftslage beurteilt mit 29 Prozent fast jeder dritte Betrieb in Norddeutschland als unbefriedigend oder schlecht. Im nordwestlichen Niedersachsen konstatieren sogar 56 Prozent der Unternehmen eine kritische oder sehr kritische Lage, elf Prozent mehr als im Frühjahr. 28 Prozent der Firmen in Norddeutschland leiden unter Auftragsmangel, auch hier sind niedersächsische Unternehmen mit 48 Prozent deutlich schlimmer betroffen (Bremen: 23 Prozent).

---

Geschäftsstellen NORDMETALL und AGV NORD

**Kontakt zum Pressesprecher**
Alexander Luckow,
Leiter Kommunikation und Wirtschaft
Tel.: 040 6378 4231
Mobil: 0172 260 50 39
E-Mail: luckow@nordmetall.de

**Social Media**
LinkedIn
Facebook
Instagram
Youtube

Pressemitteilungen und Fotos: **www.nordmetall.de/presse und www.agvnord.de/presse**

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten fast 700 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

Im kommenden halben Jahr rechnen 52 Prozent der Unternehmen mit sinkenden oder allenfalls gleichbleibenden Umsätzen. 16 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verschlechterung und 58 Prozent eine gleichbleibende Geschäftslage. 21 Prozent der Betriebe wollen ihre Investitionen zurückfahren, 54 Prozent zumindest auf dem Stand des Vorjahres halten.

Den Personalbestand zu verringern, planen in den kommenden drei Monaten 16 Prozent der Unternehmen. 56 Prozent sehen die Zahl ihrer Beschäftigten unverändert, 28 Prozent planen einen Zuwachs. Die Bedarfe sind zwischen den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich: Ein Drittel der Unternehmen des Straßenfahrzeugbaus und mehr als ein Viertel der Maschinenbauer planen Personalabbau. Dagegen wollen 50 Prozent der Luft- und Raumfahrzeugbauer sowie 45 Prozent der Schiffbauer Einstellungen vornehmen. Der größte Personalabbau (23 Prozent der Betriebe) ist in Bremen geplant, der größte Zuwachs (33 Prozent) in Schleswig-Holstein. Insgesamt ergibt sich in der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie im Saldo ein Einstellungsbedarf von rund 500 Personen.

Eine schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von Fachkräften melden 43 Prozent der Unternehmen. In Bremen sind es sogar 46 Prozent, im nordwestlichen Niedersachsen nur 32 Prozent. Bei den Auszubildenden sehen 39 Prozent der norddeutschen Betriebe eine schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, in Bremen sind es sogar 50 und in Schleswig-Holstein 43 Prozent.

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland hat sich nach Einschätzung von 51 Prozent der norddeutschen Industrieunternehmen in den vergangenen sechs Monaten verschlechtert. Von den 26 Prozent der Betriebe, die Produktionsverlagerungen ins Ausland planen, setzt die Mehrheit auf eine Abwanderung innerhalb der EU.

**NORDMETALL-Tarifverhandlungsführerin Lena Ströbele** konstatiert: „Die schwierige Lage weiter Teile der norddeutschen Industrie dauert an. Vor allem im Maschinenbau, sowie im Straßenfahrzeugbau stellt sich immer häufiger die Standortfrage. Selbst in gut laufenden Branchen wie dem Schiffbau und bei den Luft- sowie Raumfahrzeugbauern mit gefüllten Auftragsbüchern und Personalbedarf wirkt sich der wachsende Kostendruck belastend aus. Wenn mehr als jeder vierte Betrieb der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie Produktionsverlagerungen ins Ausland plant, haben wir massiven Handlungsbedarf, um die Rahmenbedingungen zu verbessern und dafür zu sorgen, dass die eingehenden Aufträge auch hier im Land und nicht in anderen EU-Staaten abgearbeitet werden“, so die Tarifverhandlungsführerin, die auch als Geschäftsführerin der Lürssen Maritime Beteiligungen GmbH & Co. KG wirkt. „Deshalb dringen wir in der laufenden Tarifrunde darauf, dass wir gemeinsam mit unserem Sozialpartner Arbeit in Deutschland erschwinglicher machen: Kosten senken, Standort retten ist das Gebot der Stunde!“